

20 Jahre nach der Wende – Bürgerstiftungen als Katalysatoren für demokratische Kultur in Ostdeutschland

Maria Bause und Timo Reinfrank

Der Blick auf das bürgerschaftliche Engagement in Ostdeutschland ist zumeist negativ geprägt: Ostdeutsche engagieren sich vermeintlich weniger bürgerschaftlich als Westdeutsche, was verschiedene statistische Erhebungen aus 2008 auch aktuell belegen. Im öffentlichen Diskurs wird ihnen oft ein Demokratiedefizit vorgeworfen und ihre zivilgesellschaftliche Organisationsstruktur als weniger entwickelt beschrieben (1). Diese negative Sicht ist teilweise Unwissen, aber auch der realen Situation in Ostdeutschland geschuldet. »Gerade in den neuen Bundesländern müssten Strukturen aufgebaut werden, um das Ehrenamt zu fördern«, forderte unlängst sogar Familienministerien von der Leyen, damit sich keine »extremen Kräfte dort breit machten.«

Vor diesem Hintergrund haben sich seit 1996 bereits – je nach Zählweise – ca. 200 Bürgerstiftungen in Deutschland gegründet, davon fast 20% in Ostdeutschland. Ihre Geschichte begann in westdeutschen Städten wie Gütersloh, Hannover und Hamburg – doch bald folgten ostdeutsche Städte wie Wismar, Jena und Dresden und die Dynamik ist groß. Laut Länderspiegel Bürgerstiftungen der Aktiven Bürgerschaft 2008 hat sich die Anzahl der ostdeutschen Bürgerstiftungsgründungen zwischen 2005 und 2006 verdoppelt und es wurden »so viele Stiftungen gegründet wie in den neun Jahren zuvor zusammen«. In Thüringen allein kam es zu sechs Neugründungen. Zunehmend setzen also auch in Ostdeutschland Bürgerinnen und Bürger auf Bürgerstiftungen, auch wenn der ostdeutsche Gründungsboom in den Folgejahren sich wieder reduziert hat – ca. 6 pro Jahr.

Die Initiative zur Gründung geht von ganz unterschiedlichen Akteuren aus: Aus dem Umfeld einer Schulversammlung, einer örtlichen Gruppen der Bürgerbewegung, einer Umweltwerkstatt, dem Vorstand einer örtlichen Genossenschaftsbank, einem großen Sozialträger, dem Stadtrat, einer Kirchengemeinde oder anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen. Ostdeutsche Bürgerstiftungen werden meist aus einem lokalen Bedarf heraus gegründet, sie sind so genannte »bottum up« – Gründungen mit direkter bürgerschaftlicher Verankerung: Bür-

gerinnen und Bürger treten als Gründungstifter/innen in Erscheinung, jeder beteiligt sich mit einer kleinen Summe zwischen 1.000 und 5.000 Euro. Zweck und Gestalt der Bürgerstiftungen variieren dabei sehr. Die eine ist zuständig für eine Stadt wie Halle oder Leipzig, die nächste für eine Region in der Größe des Saarlandes, wie die Bürgerstiftung für die Landkreise Barnim und Uckermark, die flächenmäßig zweitgrößte Bürgerstiftung in Deutschland, eine dritte für einen heute aufgelösten Landkreis, wie in Sangerhausen im Harz, dessen Identität sich in der Bürgerstiftung wieder finden soll. Auch die finanziellen Mittel sind sehr unterschiedlich, das Vermögen reicht von wenigen zehntausend Euro, die die Initiator/innen mühevoll gesammelt haben, bis zu einer Million und mehr, die aus Westdeutschland geflossen sind. Im Vergleich mit anderen ostdeutschen Bundesländern verfügen interessanterweise die Bürgerstiftungen in Mecklenburg-Vorpommern über das höchste durchschnittliche Gründungsvermögen. An letzter Stelle steht das Bundesland Thüringen.

Bürgerstiftungen und demokratische Grundprinzipien

Doch was macht die Attraktivität dieses Stiftungstyps aus? In der Bürgerstiftung nehmen die Menschen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand. In jeder Stadt und Region gibt es Probleme, die die Lebensqualität beeinträchtigen. Die Aufgabe besteht für alle Einwohnerinnen und Einwohner, sich diesen Herausforderungen zu stellen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Dies ermöglicht die Gründung von Bürgerstiftungen, die die Verteidigung demokratischer Grundwerte als zentralen Arbeitsschwerpunkt darstellen. Die Bürgerstiftungen setzen aktiv demokratische Grundprinzipien um: Menschenrechte und Minderheitenschutz, Gleichwertigkeit und Chancengleichheit sowie die Anerkennung der Vielfalt von Kulturen und Lebensstilen. In der Praxis ist die Bürgerstiftung gerade in Ostdeutschland eine Art Sammelbecken, Umschlagplatz sowie Koordinierungsstelle von einerseits Kräften, Geld, Zeit oder Ideen, und andererseits von Bedürfnissen, wie die Verbesserung sozialer, kultureller und ökologischer Missständen in der Kommune. Eine Bürgerstiftung ist dabei nicht mehr und nicht weniger als ein Zusammenschluss mit Gemeinnützigkeitsbindung zur zweckgebundenen Kapitalsammlung – sei es Sozial-, Human- oder Finanzkapital. Dass diese Idee so populär geworden ist, hat mehrere Ursachen. Sinkende Staatseinnahmen und zugleich steigendes, ungleich verteiltes Privatvermögen sind nur zwei davon. Die viel besprochene Politikverdrossenheit, als Zeichen nachlassenden Vertrauens in staatliche Handlungsfähigkeit zur Lösung sozialer Probleme, begünstigt ebenso neue Formen politischer Praxis. Auch als Reaktion auf die weltweite Globalisierung ist der Lokalbezug immer wichtiger geworden. Bürgerschaftliches Engagement hat aber auch eine große volkswirtschaftliche Bedeutung. Die Studie der Prognos AG aus dem Jahr 2008 zeigt, dass allein in diesem Jahr engagierte Bürgerinnen und Bürger eine Arbeitsleistung im »Wert von nahezu 35 Milliar-

den Euro zum Gemeinwesen« beitragen. Dies entspricht einer Arbeitszeit von 3,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten.

Bürgerstiftungen sind – in Ostdeutschland sogar mehr als in Westdeutschland – aktiv daran beteiligt, soziales und kulturelles Engagement sowie Partizipation in der Stadt und Region zu fördern. Sie stärken eine demokratische Zivilgesellschaft, regen Menschen zum gemeinnützigem Engagement in ihrer Region an und bieten ihnen sinnvolle Zwecke und Zielprojekte, in die sie investieren können. Als unabhängige zivilgesellschaftliche Organisation kann eine Stiftung die Interessen verschiedener Gruppen in der Kommune gegenüber der lokalen Regierung vertreten, Innovation fördern, soziale Missstände thematisieren und zur Demokratisierung der lokalen Kultur beitragen. Demokratisch ist die Bürgerstiftung aber nur dann, wenn nicht nur ihre Strukturen demokratisch sind, sondern auch ihre Werte, wenn Grundstandards, wie die Gleichwertigkeit aller Menschen und der Schutz von Minderheiten, selbst praktiziert und in der Kommune eingefordert werden.

In Ostdeutschland kommt ein weiterer Aspekt bürgerschaftlichen Engagements hinzu. Abwanderung, Arbeitslosigkeit und ein Mangel an demokratischer Kultur sind massive Probleme in vielen Regionen, mehr noch in Ost-, als in Westdeutschland. Ganze Regionen im ländlichen Raum entvölkern sich, in dessen Folge es fast unmöglich ist, staatliche Infrastrukturleistungen aufrechtzuerhalten. Deindustrialisierung, Verfall, Leerstand und Abriss historischer Bausubstanz prägen viele ostdeutsche Dörfer und Städte. Gewaltstraftaten nehmen wieder verstärkt zu. Viele Bürgerinnen und Bürger reagieren darauf mit Frustration und Rückzug aus der demokratischen Öffentlichkeit. Die »Abwanderung in den Köpfen« – die individuelle Frustration mit der viele Menschen auf das Fehlen einer Perspektive in der Region reagieren – äußert sich unter anderem in einer erschreckenden Gleichgültigkeit gegenüber antidemokratischen Entwicklungen in der Gesellschaft und stärken das Bedürfnis nach radikalen politischen Lösungen, die rechtsextreme Parteien und regionale Kameradschaften anbieten. Ihre Strategie ist es, dort Funktionen gesellschaftlichen Engagements zu übernehmen, wo die demokratische Zivilgesellschaft zu schwach ist.

Vielerorts organisieren sich Bürgerinitiativen, in denen gegen den Infrastrukturabbau oder soziale Niedergang protestiert wird. Rechtsextreme nutzen die strukturellen Krisen und die oft große Hilflosigkeit der regionalen staatlichen Institutionen für ihre Zwecke. Sie dringen verstärkt in die bürgerschaftlichen Prozesse ein: organisieren die Bürgerinitiativen, lassen sich zu Elternsprechern wählen, übernehmen das Sagen in Vereinen oder der Freiwilligen Feuerwehr und bieten Jugendarbeit und Hausaufgabenhilfe an. In Gemeinden, die NPD-Mitglieder in den Gemeinderäten haben, gibt es einen regionalen Normalisierungs- und Gewöhnungsprozess. So ist die erfolgreiche Eroberung des kommunalen Nahraums – eine seit Jahren bekannte Strategie der Rechtsradikalen –

stetig mit Leben erfüllt worden. Die neuen, umfassenden und sehr erfolgreichen kommunalpolitischen Strategien der rechtsextremen Szene werden nur vereinzelt zur Kenntnis genommen. Die demokratischen Akteure und Akteurinnen vor Ort sehen sich trotz Unterstützung von außen mit einer eskalierenden Entwicklung konfrontiert, da sich ihre Möglichkeiten nicht proportional mitentwickeln konnten. Die Probleme lassen sich nicht mehr mit qualitativ hoher punktueller Beratung oder einzelnen Aktivitäten lösen. Die Kommune als Ganzes muss in den Blick genommen werden.

Eine Perspektive bieten Bürgerstiftungen, in denen die potenzielle Gefährdung demokratischer Grundwerte einen zentralen Arbeitsschwerpunkt darstellt. Bürgerstiftungen können nur dann eine wirksame Barriere gegen Rechtsextremismus sein, wenn sie eine sein wollen und sich deutlich daran binden, etwa in ihrer Satzung und der Außendarstellung. Wird der Stiftungszweck beispielsweise als »Stärkung der demokratischen Kultur und Bekämpfung rechtsextremer Bestrebungen« festgelegt, kann keine Mitgliederversammlung daran rütteln, wie dies bei einem Verein der Fall wäre. Gelingt es, lokale Autoritäten in diesen Prozess einzubinden, kann eine Bürgerstiftung mit großer Signalwirkung als Themenwächterin und Förderin für Demokratie im Alltag einer Kommune tätig sein. Die Bürgerstiftungen können nur zur Herstellung und Vertiefung der Demokratie beitragen, wenn ihre Werte, internen Strukturen und Handlungen selbst demokratisch sind. Einige Bürgerstiftungen sind in Ostdeutschland bereits zu Motoren einer nachhaltigen demokratischen Entwicklung in ihrer Region geworden – und zur praktischen Schule von Demokratie.

Gerade in Ostdeutschland sind es die Bürgerstiftungen aber vor allem auch Bürgerinitiativen, die sich aktiv gegen die Verödung und Entzivilisierung ganzer Regionen wenden und eine demokratische Entwicklung initiieren, die auf die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am Gemeinwesen zielt. Sie rufen zu gemeinnützigem Handeln auf, ergreifen Initiativen für einen demokratischen Strukturwandel und sind engagierte Partner und Förderer in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Sie haben dabei meist mehr Möglichkeiten, eine breite lokale Öffentlichkeit zu erreichen und für Demokratie zu gewinnen, als es Parteien, einzelne Engagierte oder Projekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus können. Beispielhaft hierfür sind die Parchimer Bürgerstiftung, die ihre Einwohner aktiviert, sich für ein lebenswertes Parchim einzusetzen, um so den sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu stärken oder die Bürgerstiftung Weimar, die 2008 den Förderpreis Aktive Bürgerschaft erhielt, da sie Jugendliche finanziell und ideell stärkt ihre Ideen für Weimar selber in die Tat umzusetzen.

Bürgerstiftungen in Ostdeutschland müssen auf die spezifischen Probleme in ihrer Region reagieren. Häufig leisten sie Pionierarbeit in Bezug auf ein demokratisches Bewusstsein. In gesellschaftlichen Umfeldern, die immer noch von dem gesellschaftlichen Umbruch nach 1989 und dem daraus resultierenden Rückzug ins Privata-

te geprägt sind, ist es schwer, Mitbürgerinnen und Mitbürger für gesellschaftliches Engagement, eine demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus zu begeistern. Oftmals herrscht eine «Kultur der Resignation», vor allem in ländlichen Gebieten. Funktionierende zivilgesellschaftliche Strukturen, die eine nicht-ausgrenzende positive Identifikation mit dem Gemeinwesen ermöglichen, sind deshalb sowohl für eine nachhaltige Regionalentwicklung als auch für die Schaffung eines gesellschaftlichen Klimas zentral, in dem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sich nicht ausbreiten können.

Pionierarbeit in Halle und Brandenburg (2)

Ein Beispiel für diese Art der Bürgerstiftung, ist die Barnim-Uckermark-Stiftung in Brandenburg. Wer den Barnim und die Uckermark im Nordosten Brandenburgs bereist, bewegt sich durch eine einzigartige Kulturlandschaft: allerorten Seen, Wiesen, Wälder und Äcker, große Naturschutzgebiete. In der dünn besiedelten Region verteilen sich 320.000 Einwohner auf eine Fläche von 4.500 qm. Neben den Kreisstädten Eberswalde (Barnim) und Prenzlau (Uckermark) finden sich noch weitere Kleinstädte, die allesamt weniger als 50.000 Einwohner haben. Es gibt jedoch Orte wie Potzlow, wo rechtsextremistische Jugendliche im Sommer 2002 einen anderen Jugendlichen als Juden beschimpften, quälten und anschließend bestialisch ermordeten, oder Städte wie Schwedt, wo Menschen mit dunkler Hautfarbe und Punks bestimmte Gegenden besser meiden. Thematische Schwerpunkte der Stiftungsarbeit bilden Bürgerschaftliches Engagement, demokratische Kultur und regionale Entwicklung. Für die Stiftung bedeutet die Stärkung von Demokratie und Bürgergesellschaft auch, Eigeninitiative und individuelle Verantwortungsübernahme zu fördern und diesen Anspruch in die Praxis umzusetzen. Daher hat die Bürgerstiftung für ihre Arbeit die Frage entwickelt an dem sich gegenwärtige und zukünftige Projekte messen lassen sollen: Fördert das Projekt auch Eigeninitiative und/oder Gemeininn?

Ähnlich arbeitet auch die Bürgerstiftung in Halle. Die Stadt ist international bekannt geworden durch die Deindustrialisierung der Chemieindustrie in der Region Halle-Leipzig, die hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verarmung, die drastische Schrumpfung der Bevölkerung in Folge des postsozialistischen Wandels und die rechtsextremen Jugendcliquen in den »Schlafstädten« von Halle-Silberhöhe. Für die Bürgerstiftung.Halle steht die Förderung des demokratischen Gemeinwesens und des bürgerschaftlichen Engagements an erster Stelle. Diese Bürgerstiftung ist zu einer echten Beteiligungsorganisation der Saale-Stadt geworden. Beispielhaft sind dabei die Werkstattgespräche. Stifterinnen und Stifter, engagierte Bürgerinnen und Bürger aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Soziales kommen zusammen und diskutieren die aktuellen Belange ihrer Stadt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann - und welche Rolle die Bürgerstiftung dabei spielt. In ihrer Arbeit konzentriert sich die Bürgerstiftung Halle

vorerst auf die Festigung einer demokratischen Kultur im Sinne einer gestaltenden, vielfältigen Bürgergesellschaft. So werden ganz unterschiedliche Projekte gefördert, die die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements widerspiegeln. Ihnen gemeinsam ist der Gedanke, dass Menschen Verantwortung übernehmen für ihr Gemeinwesen – seien es Probleme, die gelöst oder Chancen, die genutzt werden müssen. Eines dieser Projekte ist die Jugendwerkstatt »Frohe Zukunft«. In ihrem Projekt »Trickkiste« erarbeiten Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Herkunft gemeinsam Trickfilme und lernen dabei Verständnis, Toleranz und die Fähigkeit, friedlich miteinander zu leben und zu arbeiten trotz unterschiedlicher Herkunft.

Bürgerschaftliches Engagement zu fördern und Zivilgesellschaft zu stärken – das müssen keine abstrakten Ziele bleiben. Die erwähnten Projekte zeigen: Demokratisches Miteinander und bürgerschaftliche Verantwortung können tagtäglich praktiziert und gelebt werden - in den vielfältigsten Formen und von den vielfältigsten Menschen. Trotz der Prognos AG Studie zu Bürgerschaftlichem Engagement macht die Entwicklung der »Bürgerstiftungsbewegung« im Osten Mut, dass sich in den Bürgerstiftungen die Keimzelle für eine demokratische Zivil- und Bürgergesellschaft in Ostdeutschland weiterlebt, die durch die Wende 1989 ins Leben gerufen wurde.

Angebote der Amadeu Antonio Stiftung

Die Amadeu Antonio Stiftung möchte dazu beitragen, Bürgerstiftungen als zivilgesellschaftliches Handlungsmodell einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Gemeinsam mit ihren Partner/innen, insbesondere der Freudenberg Stiftung und dem Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, entwickelt die Stiftung Vorschläge und Kriterien für die Integration demokratischer Standards in die Praxis einer Bürgerstiftung und unterstützt lokale Akteure bei deren Umsetzung. Die Amadeu Antonio Stiftung berät Interessierte über die Möglichkeiten, die das Modell der Bürgerstiftung für eine Stärkung der Zivilgesellschaft bietet. Initiativen, die eine Bürgerstiftung gründen möchten, werden in der Gründungsphase und bei der Entwicklung erster Projekte begleitet und unterstützt. Hierbei bringt die Amadeu Antonio Stiftung ihre langjährigen Erfahrungen aus der Arbeit für eine demokratische Kultur sowie ihre Kompetenzen im Bereich der Projektentwicklung und -beratung, der Konzeption von Förderprogrammen, der Organisationsentwicklung, der Öffentlichkeitsarbeit und des Fundraisings ein. Gemeinsam mit der aktiven Bürgerschaft lädt die Amadeu Antonio Stiftung regelmäßig zum Bürgerstiftungsforum Ost ein. Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung auch als Kooperationspartner an der »Initiative Bürger- und Gemeinschaftsstiftungen Ost« - ein Projekt der Initiative Bürgerstiftungen beim Bundesverbandes deutscher Stiftungen.

Anmerkungen

(1) Vgl. dazu Chantal Munsch: Bürgerschaftliches Engagement im Transformationsprozess - von der Organisationsgesellschaft zur Krise der Erwerbsgesellschaft. In: Birgit Bütow, Karl August Chassé und Susanne Maurer (Hg.): Soziale Arbeit zwischen Aufbau und Abbau. Transformationsprozesse im Osten Deutschlands und die Kinder- und Jugendhilfe. VS Verlag für Sozialwissenschaften Wiesbaden 2006

(2) Wir danken Susanna Harms, Andreas Hesse und Andre Koch für ihre Anregungen zu den Bürgerstiftungen Halle und Barnim-Uckermark.

Autor/in

Maria Bause, Jahrgang 1979, ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin im Bereich Internationales Kriminelles Recht. Seit November 2008 freie Mitarbeiterin der Amadeu Antonio Stiftung. Von 2007 – 2008 war sie juristische Beraterin bei La CIMADE in Montpellier bezüglich Einwanderungsbedingungen und Bleiberecht in Frankreich. Von 2006 – 2007 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Alliances for Africa in London.

Timo Reinfrank, Jahrgang 1973, ist Diplom-Politologe und seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Amadeu Antonio Stiftung. Er berät Bürgerstiftungen, Gründungsinitiativen und zivilgesellschaftliche Projekte im Bereich der Förderung demokratischer Kultur, Organisationsentwicklung, Fundraising und Vernetzung. Von 1998 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jüdischen Museum Berlin, von 1999 bis 2001 Lehrbeauftragter an der Freien Universität Berlin, seit 2007 Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V.

Adresse

Amadeu Antonio Stiftung

Linienstr. 139

10115 Berlin

Telefon (0 30) 24 08 86 10

Kontakt: info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.community-foundations.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de